

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zur vereinbarten Aussprache über die Haltung der Bundesregierung zur Erhöhung von Steuern und Abgaben

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. Die Bundesregierung muß endlich ihr steuerpolitisches Chaos beenden und die Wahrheit darüber sagen, welche Steuer-, Abgaben-, Beitrags- und Gebührenerhöhungen sie – mit welcher Begründung auch immer – plant und welche konkreten Belastungen auf die Bürger im einzelnen zukommen.
2. Die Bundesregierung muß unverzüglich die vom Bundeskanzler noch vor der Bundestagswahl versprochene Klarheit über die Lage der Staatsfinanzen schaffen. Mit ihren bisherigen „Eckwerten“ ist die Bundesregierung den fälligen Kassensturz schuldig geblieben. Die Bundesregierung muß wirkliche Eckwerte vorlegen, insbesondere einen so zentralen Eckwert wie das Ausgabevolumen des Bundeshaushalts im kommenden Jahr.
3. Die Bundesregierung muß endlich konkrete Maßnahmen für rigorose Einsparungen zur Verringerung der gesamtstaatlichen Deckungslücke von mehr als 200 Mrd. DM im Jahr 1991 ergreifen. Dazu gehören insbesondere drastische Einsparungen bei den Verteidigungsausgaben, der Abbau überholter Subventionen, die Reduzierung des von der Bundesregierung aufgeblähten Regierungsapparates und die Verwendung des Unrechtsvermögens von PDS/SED und ihrer Blockparteien CDU und FDP für den Aufbau der fünf neuen Bundesländer.
4. Die Bundesregierung muß auf die von ihr geplante ungerechte und unnötige Steuersenkung für Spitzenverdiener und Unternehmen in Höhe von 25 Mrd. DM verzichten.

5. Die Bundesregierung muß darauf verzichten, die Reserven der Rentenversicherung, die für die mittelfristige Sicherung der Renten gebraucht werden, für die kurzfristige Deckung der Haushaltslücken in Anspruch zu nehmen. Was jetzt zur Entlastung des Bundeshaushalts von der Rentenversicherung zur Arbeitslosenversicherung umgeschichtet wird, wird schon Mitte der neunziger Jahre bei der Finanzierung der Renten fehlen.

Bonn, den 21. November 1990

Dr. Vogel und Fraktion